

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 25/19-23) des Beirates Neustadt
am Donnerstag, den 22.04.2021,
als GoToMeeting-Videokonferenz von 19:00 bis 22:05 Uhr

Anwesend:

| | | |
|------------------------------|---------------------|---------------------------------|
| Merle Andersen | Ingo Mose | Ramona Seeger |
| Horst Kempe | Janne Müller | Renee Wagner |
| Anke Maurer | Jens Oppermann | Manuel Warrlich (bis 20:35 Uhr) |
| Bithja Menzel (ab 20:00 Uhr) | Johannes Osterkamp | Annette Yildirim |
| Robert Mero (bis 21:05 Uhr) | Britta Schmidt | |
| Melanie Morawietz | Wolfgang Schnecking | |

fehlend: Tuğba Böhrnsen (e), Wolfgang Meyer

Gäste: Dörthe Halves (Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau/SKUMS), Nicola Kelch, Gotthard Storz (beide Planungsgruppe Grün), Ira Hackbarth, Anna Voit (beide Evers&Partner), Tobias Boysen, Michael Frenz (beide FSB Architekten), Frank Marcus (Specht Gruppe; alle zu TOP 3); Janne Jensen, Artur Ruder (KUKOON; zu TOP 4); Vertreter:innen der Polizei, der Presse und interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Annemarie Czichon

Protokoll: Mathias Reimann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Zu Beginn der Sitzung stellen sich einige [sachkundige Bürger:innen](#) kurz vor.

TOP 1. Genehmigung der Tagesordnung & Feststellung der Beschlussfähigkeit

Es wird vorgeschlagen den Tagesordnungspunkt 4 „KUKOON – Café im Zentaurenpark“ nur insofern zu behandeln, als dass Anwohner:innen Gelegenheit bekommen sich zu den Planungen zu äußern. Die weitere Befassung soll in einer Sitzung des Ausschusses Kultur, Arbeit, Wirtschaft erfolgen. Weiterhin wird die Bezeichnung des Tagesordnungspunkts 7 – wie unten dargestellt – konkretisiert.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit den o.g. Änderungen genehmigt. (14 Ja-Stimmen, eine Enthaltung)
Die Beschlussfassung zu diesem und den nachfolgenden Punkten erfolgt jeweils per Einzelabfrage in alphabetischer Reihenfolge; zugleich wird die Beschlussfähigkeit der Sitzung bestätigt.

TOP 2. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten einschließlich

• **Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten**

Ein Bürger regt an, angesichts der anstehenden Bundestagswahl und der weiterhin bestehenden Pandemielage, alternative Wege zur Abgabe von Briefwahlunterlagen zu schaffen. Bereits bei vergangenen Wahlen sei es zu überfüllten Briefkästen gekommen, die eine Stimmabgabe unmöglich gemacht hätten. Er habe jedoch vom [Senator für Inneres](#) die Auskunft erhalten, dass derartige Regelungen bundeseinheitlich getroffen werden müssten und Bremen keinen Handlungsspielraum hätte.

Ein Beiratsmitglied weist auf die [Kampagne „Wahlheld:innen gesucht“](#) und darauf hin, dass [Wahlhelder:innen mit erhöhter Priorität Anspruch auf die Corona-Schutzimpfung](#) haben.

• **Berichte der Beiratssprecher**

Der Beiratssprecher berichtet von einer Arbeitsgruppe des Beirates, welche sich mit dem Thema „Priorisierung der Beiratsarbeit“ beschäftigt. Hierzu wird in Kürze ausführlicher berichtet werden.

Der Beirat hat eine Antwort auf den [Beschluss vom 11.03. zu Nachpflanzungen in der Neustadt](#) erhalten. Die darin geforderte Liste wird dem Beirat zukünftig (teilweise) zur Verfügung gestellt werden.

Der [B-Plan 2417 \(„Scharnhorstquartier“\)](#) wurde [heute in der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung](#) befasst. Der stellvertretende Beiratssprecher hat an der Sitzung teilgenommen und die Bedenken des Beirates (siehe [Beschluss vom 03.09.20](#)) erneut dargelegt.

Der stellvertretende Beiratssprecher berichtet ferner, dass die Postfiliale im Buntentorsteinweg in Kürze geschlossen werden wird. Er regt eine Befassung im Fachausschuss Soziales, Bildung, Jugend dazu an, da es wichtig sei, dass - gerade ältere und körperlich beeinträchtigte - Menschen auf eine wohnortnahe Infrastruktur zurückgreifen können.

- **Berichte des Amtes**

Alle Bürger:innen haben unter <https://www.bremen-bewegen.de/> noch bis zum 30.04.21 Gelegenheit sich an einem Voting zur Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes zu beteiligen.

Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa hat [das Verfahren zum Widerruf der Erlaubnis zum Betrieb einer Prostitutionsstätte in der Duckwitzstr. 69 eingeleitet](#). Dem Beschluss des Beirates ([vom 25.02.21: Schließung des Bordells an der Duckwitzstraße](#)) wird damit Rechnung getragen.

Die Essensausgabe für Bedürftige ([Bremer Suppenengel](#)), die derzeit auf dem Lucie-Flechtmann-Platz stattfindet, wird demnächst auf einen Platz an der Schulstraße verlegt werden.

Am Deichschart soll eine Toilettenanlage geschaffen werden (siehe auch: [Pressebericht Weserreport](#)). Hierzu wird in Kürze ein Ortstermin für alle Interessierten stattfinden.

TOP 3. Koch & Bergfeld-Gelände (ehem. Silberwarenfabrik) im Kirchweg

a) Sachstand [Bebauungsplan-Verfahren 2351](#)

Die Planer:innen stellen den Sachstand anhand [einer Präsentation](#) vor. Dabei betont insbesondere die Vertreterin von SKUMS, dass es sich um einen frühen Stand im Verfahren handelt und noch weitere Prüfungen (insbesondere in Sachen Baum- und Naturschutz) erfolgen werden.

Die Planer:innen erläutern, dass das Gebiet baurechtlich als „Urbanes Gebiet“ ausgewiesen werden soll, um eine durchmischte Wohn- und Gewerbebebauung zu ermöglichen.

Zum jetzigen Planungsstand wird davon ausgegangen, dass etwa 25 Bäume gefällt werden müssen und etwa 40 bis 50 Neupflanzungen erfolgen werden.

Auf Nachfrage aus dem Beirat erläutern sie, dass das Thema Alt-/Bodenbelastung ausführlich geprüft wurde und teilweise den Austausch von Boden oder dessen Versiegelung (zur Verhinderung von Versickerungen) nötig macht. Im Bereich der Kita sei ein Bodenaustausch erfolgt, so dass dort kein erhöhtes Risiko mehr besteht. Die Thematik werde ausführlich in der schriftlichen Erläuterung zum Bebauungsplan dargestellt werden.

Auf weitere Nachfrage wird ergänzt, dass ein stetiger und enger Austausch mit dem Denkmalschutz besteht, um auch dortige Belange rechtzeitig zu berücksichtigen.

Die derzeit im Plangebiet befindlichen Bio- und Getränkemärkte werden in Neubauten umziehen.

Die Bebauung wird unterschiedliche Höhen aufweisen. So seien im Süden 4 Geschosse und im Norden ein „Hochpunkt“ mit 7 Geschossen geplant. Die Pflegeeinrichtung wird 5 Geschosse haben.

Der geplante „Hochpunkt“ wird von einigen Beiratsmitgliedern kritisiert, da er sehr dominant gegenüber der denkmalgeschützten Bebauung wirken könnte und an dieser Stelle nicht erforderlich sei.

Da die Planer:innen mit insgesamt 140 neuen Wohnungen (zzgl. Pflegeeinrichtung) rechnen, wird aus dem Beirat an sie appelliert sich frühzeitig mit den zusätzlichen Verkehren zu befassen. In diesem Zuge wird insbesondere eine Überprüfung der ÖPNV-Anbindung mit einer evtl. Verlegung der Haltestelle vorgeschlagen.

Die Planer:innen bestätigen, dass die Quote von 30% für sozialen Wohnungsraum eingehalten wird und die Neubauten Gründächer mit Photovoltaik-Anlagen erhalten werden.

b) Vorstellung einzelner Bauvorhaben (Pflegeeinrichtung u.a.)

Der Vertreter des Architekturbüros stellt Planungen anhand einer [Präsentation](#) vor und skizziert dabei insbesondere auch den geplanten Bauablauf. Die Kita soll bis Ende 2021 fertiggestellt sein. Der Abriss des Bestandsgetränkemarktes soll bis Mitte 2022 erfolgen. Die Inbetriebnahme des Pflegeheims ist für 2024 geplant.

Auf Nachfrage bestätigt er, dass der Neubau als neuer Standort des [diakonischen Pflegeheims](#) vorgesehen ist.

Der Beirat bedankt sich für die Vorstellung. Er wird das Verfahren weiterhin eng begleiten.

TOP 4. KUKOON – Café im Zentaurenpark

Die Vorsitzende berichtet von einem Ortstermin mit Vertreter:innen des Umweltbetriebs Bremen, der Grünordnung/SKUMS und des KUKOON. Danach bestehen keine Bedenken zu den Planungen, Einzelbelange des Baumschutzes werden in Abstimmung mit UBB bei der Aufstellung berücksichtigt. Eine Wortmeldung aus der Anwohner:innenschaft erfolgt nicht.

Die Diskussion soll in einer Sitzung des Ausschusses Kultur, Arbeit, Wirtschaft fortgesetzt werden.

TOP 5. Stellungnahme zur Teilfortschreibung des [Verkehrsentwicklungsplanes](#)

Der Beiratssprecher stellt den [Beschlussvorschlag](#) vor. Er betont die Wichtigkeit der Stellungnahme, da einige der im [Entwurf enthaltenen Maßnahmen](#) gravierende Auswirkungen auf die Verkehrssituation in der Neustadt haben könnten. Es sei daher insbesondere wichtig, laufend und rechtzeitig über die weiteren Planungsschritte informiert zu werden.

Beschluss:

Der Beirat Neustadt nimmt zu mehreren Inhalten des VEP, die Auswirkungen auf die verkehrliche Entwicklung im Stadtteil haben, wie folgt kritisch Stellung:

Kernthesen unserer Kritik

Die Abschaffung sämtlicher Straßenstellplätze, die Schließung der Parkhäuser Katharina (Dauerparker:innen = Arbeitsplatzpendler:innen) und Dom (Dauerparker und Besucher) führen zur Verdrängung von parkplatzsuchenden Kfz auf den Stadtwerder und in die Alte Neustadt sowie absehbar weit über die Alte Neustadt und den südlichen Buntentorsteinweg hinaus.

Durch die Einbahnstraßenregelung Am Wall Richtung Süden (gesetzt wegen der Schaffung der Radpremiumroute) müssten alle (Durchgangs-)Verkehre in Richtung Norden allein über die Martinistraße abgewickelt werden.

Zielsetzung und Maßnahmen gehen aber genau in die entgegengesetzte Richtung (stufenweise Einführung von 30 km/h, Teileinbahnstraße, Rückbau von 4 auf 2 Spuren, Schließung der Unterführung Tiefer, Teilung Martinistraße).

Als Folge werden die Verkehre in beiden Richtungen auf die Achse Bürgermeister-Smidt-Straße – Oster-/Westerstraße – Wilhelm-Kaisen-Brücke – Balgebrückstraße/Tiefer ausweichen. Nach dem vor einigen Jahren erfolgten Um- bzw. Rückbau von Oster-/Westerstraße sind diese nicht mehr für die Aufnahme wachsender Verkehre ausgelegt. Zudem durchqueren sie das neu geschaffene Fahrradmodellquartier. Beide Straßen sind an den Kreuzungen bereits heute, selbst am Vormittag, in den Abbiegern auf der Neustadtseite hoch aus- und z.T. überlastet. Dies würde zu einem weiter ausgreifenden Ausweichen der Kfz-Verkehre in Friedrich-Ebert-Straße, Langemarckstraße, Hohentorsheerstraße, Lahnstraße/Kornstraße und Pappelstraße/Gastfeldstraße führen. Bereits jetzt kommt es in den erwähnten Straßen morgens und am Spätnachmittag zu einer enormen Verkehrsbelastung. Zudem könnte der „neustadtinterne“ Kfz-Verkehr von Huckelriede bis Hohentor zum größten Teil nicht mehr über Oster-/Westerstraße abgewickelt werden, sondern müsste sich auf die o.g. Straßen konzentrieren. Infolgedessen besteht die Gefahr, dass der als Maßnahme des VEP 2025 beschlossene Rückbau der Friedrich-Ebert-Straße ab Buntentorsteinweg bis Wilhelm-Kaisen-Brücke womöglich nicht realisiert werden kann!

Die Fahrradroute Neustadt – Wilhelm-Kaisen-Brücke – Domsheide – Domshof findet keine Erwähnung. Es steht zu vermuten, dass damit das Durchfahren der Domsheide wegen der geplanten Umorganisation der zentralen Haltestelle Domsheide unterbunden werden soll, obwohl diese Verbindung nach wie vor stark in Anspruch genommen wird!

Es steht zu befürchten, dass die pauschale Verdoppelung der ÖPNV-Takte nach dem Gießkannenprinzip wenig zusätzliche Fahrgäste bringen wird. In der Innenstadt würden die sehr hohen Taktfre-

quenzen dafür sorgen, dass eine Überquerung der Bürgermeister-Smidt-Straße und des Straßenzugs Hauptbahnhof zur Domsheide (Herdentorsteinweg, Schlüsselkorb, Violenstr.) für querende Radler:innen und Fußgänger:innen selten möglich sein wird, wenn es bei der Priorisierung des ÖPNV bleibt. Ähnlich würde es sich bei der Friedrich-Ebert-Str. und der Langemarckstr. verhalten.

Fragen und Prüfaufträge an die Behörde

Der Beirat fordert die senatorische Behörde dazu auf, Art und Ausmaß der Verdrängungen im fließenden und ruhenden Kfz-Verkehr im Bereich des Stadtteils Neustadt zu bestimmen. Zudem bittet er um Auskunft dazu, wie der Radverkehr zukünftig weiter über die Domsheide bzw. den Markt fahren soll.

Ferner fordert der Beirat die Behörde auf darzulegen, wie sich die Verkehre in der Innenstadt, der Neustadt im o.g. Bereich und in den Ortsteilen rechts der Weser belastungsmäßig umorientieren und welches Qualitätslevel (Kfz-Verkehr, Fußgänger:innen und Radfahrer:innen) sich an den Kreuzungen im Vorher-Nachher-Vergleich einstellt. Ggf. ist das Verkehrsmodell zu verfeinern, um die Maßnahmen prüfen zu können.

Dabei sind die Wirkungen der stufenweisen Einschränkungen des Kfz-Verkehrs in der Martinstraße mit den entsprechenden Umbauten der Kreuzungen gemäß Teilfortschreibung VEP einzeln für die Stufen darzustellen.

Die vollständige Inbetriebnahme der A 281, der Einbahnstraßenverkehr Am Wall einschließlich des Radverkehrs, die heutige Priorisierung des ÖPNV und die Inbetriebnahme der Fußgänger:innen-/Radfahrer:innenbrücke Piepe – Altenwall sind ebenso zu berücksichtigen.

Für den ruhenden Verkehr sind die Auswirkungen der Maßnahmen der Teilfortschreibung VEP für die Neustadt und insbesondere den Stadtwerder bereichsweise darzustellen und Maßnahmen zum Abfangen des Parkens der Pendler:innen und Besucher:innen der Innenstadt mit Wirkungsabschätzung und jährliche Kosten der Anwohner:innen für die Parkprivilegierung zu entwickeln.

Für den ÖPNV sind die Auswirkungen der Angebotsverbesserungen bei den die Innenstadt und die Neustadt im o.g. Bereich durchquerenden Linien für Fußgänger:innen, Radfahrer:innen und Kfz-Verkehr darzustellen.

Inwieweit wird der zukünftig steigende Bedarf an E-Ladestationen berücksichtigt?

Wie kann die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer:innen geschützt werden, wenn es durch den Rückbau von Straßen in der Innenstadt zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen in der Neustadt kommt. Welche Maßnahmen sind hierzu angedacht?

Inwieweit wird das Car Sharing Angebot, welches immer mehr von Anwohner:innen in der Neustadt genutzt wird, unterstützt und im Rahmen der zukünftigen Entwicklung des Verkehrs berücksichtigt?

Die Ergebnisse der Wirkungsanalysen und Maßnahmen sind dem Beirat Neustadt mindestens 4 Monate (Ferienzeiten sind herauszunehmen) vor den o.g. Versuchen in der Martinstraße vorzulegen, damit der Beirat nach Vorstellung der Ergebnisse in der Öffentlichkeit ohne Zeitdruck Stellung nehmen kann. (9 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen)

TOP 6. [Beschlussfassung](#) zur Personalsituation der Polizei

Der Beiratssprecher erläutert, dass der [Beschlussvorschlag](#) bereits seit längerem im Beirat vorbereitet wurde und betont, wie wichtig die gute Zusammenarbeit im Stadtteil ist. Die Kontaktpolizist:innen seien wichtiges Bindeglied und verlässliche Ansprechpersonen für die Bürger:innen im Stadtteil. Er hebt – gerade angesichts der bevorstehenden Bauarbeiten zur A281 und anderen Verkehrsprojekten im Bremer Süden – besonders die Funktion der Verkehrssachbearbeiter:innen hervor. Er begrüßt, dass auch der Beirat Woltmershausen bereits einen [entsprechenden Beschluss](#) gefasst hat.

Der stellvertretende Beiratssprecher ergänzt, dass auch in der Beirätekonferenz dazu beraten und dort einhellig die Wichtigkeit der Kontaktpolizist:innen für die Stadtteilarbeit bestätigt wurde.

Die Vertreterin der PARTEI trägt vor, dass sie aus grundsätzlichen Erwägungen gegen eine zusätzliche finanzielle Ausstattung der Polizei sei und den Antrag daher ablehnen werde.

Die Art und Weise der vorgenannten Äußerung wird von einigen Beiratsmitgliedern deutlich kritisiert.

Beschluss:

Der Beirat Neustadt fordert den Haushaltsgesetzgeber auf, für 2022/2023 für die in der Koalitionsvereinbarung für die 20. Wahlperiode angestrebten mindestens 110 Kontaktpolizist:innen ausreichende Mittel bereit zu stellen.

Ebenso wird beantragt, Mittel für mindestens 5 Verkehrssachbearbeiter:innen (Vs) für den Bereich der Kontaktpolizei Süd bereit zu stellen, damit in jedem Revier mindestens ein:e Vs als Ansprechpartner:in vor Ort zur Verfügung steht.

Der Beirat Neustadt fordert den Haushaltsgesetzgeber ferner auf, Haushaltsmittel für den weiteren Ausbau der Verkehrsüberwachung bereit zu stellen.

Der Beirat Neustadt bittet den Senator für Inneres außerdem um Überprüfung, ob angesichts der zunehmenden polizeilichen Aufgaben die Zielzahl von 2.900 Stellen perspektivisch angehoben werden muss.

Der Beirat Neustadt fordert den Senator für Inneres weiterhin auf, aktuell unbesetzte Stellen bei den Kontaktpolizist:innen und den Verkehrssachbearbeiter:innen im Bereich der Kontaktpolizei Süd zeitnah wiederzubesetzen und auch künftig freiwerdende Stellen möglichst umgehend nachzubesetzen. Alle Stellen sind dauerhaft zu erhalten und aus Sicht des Beirates mindestens für eine erfolgreiche Arbeit im Stadtteil erforderlich.

Der Beirat Neustadt unterstützt die Forderungen der benachbarten Beiräte, die in ähnlicher Weise Beschlüsse zur Aufrechterhaltung der polizeilichen Versorgung in ihren Stadtteilen gefasst haben.

Der Beirat Neustadt dankt den Beamt:innen im Polizeirevier Neustadt für ihre Arbeit und bringt seinen Willen zum Ausdruck, die gute Zusammenarbeit zwischen Polizei und Beirat auch in Zukunft weiter fortzusetzen. (11 Ja-, 3 Nein-Stimmen)

Begründung:

Die Polizeiarbeit vor Ort ist für alle Stadtteile von zentraler Bedeutung und für das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger:innen ausgesprochen wichtig. Dazu trägt insbesondere die Präsenz der Kontaktpolizist:innen vor Ort bei, deren vielfältige Tätigkeiten und breite Vernetzung im Stadtteil große Wertschätzung genießen.

Ebenso ist es erforderlich, dass in den Revieren ortskundige Verkehrssachbearbeiter:innen für die Bevölkerung als Ansprechpersonen vor Ort zur Verfügung stehen. Schon jetzt besteht in der Neustadt ein erhebliches Aufgabenvolumen im verkehrspolizeilichen Bereich, das sich aufgrund verschiedener Großprojekte (Weiterbau der A 281, Bebauung des Scharnhorstquartiers, Bebauung des Kornquartiers, Bebauung des ehemaligen Güterbahnhofsareals Neustadt) in der kommenden Zeit noch weiter vergrößern wird.

Die von den Revierleitungen wahrzunehmenden Aufgaben ergänzen die Arbeit der Kontaktpolizist:innen und Verkehrssachbearbeitungen und sind von daher nicht in die Berechnung der KOP- und VS-Stellen einzubeziehen.

Viele Bürger:innen fordern gegenüber den Beiräten und Ortsämtern eine deutliche Intensivierung der polizeilichen Präsenz im Stadtteil. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf viele aktuelle Projekte im Stadtteil, die ein hohes Maß an Öffentlichkeit implizieren (z.B. Urban Gardening-Projekt und Mobiler Unterstand für den „Szene-Treff“ auf dem Lucie-Flechtmann-Platz, Cirkusschule Jokes, SummerSounds). Diesem Bedürfnis muss so weit als möglich versucht werden, Rechnung zu tragen.

TOP 7. Beschlussfassung über Globalmittelantrag (Rosenbeet), Bewilligung aus dem Stadtteilbudget Verkehr (Markierungen Werderhöhe) sowie Beschlussvorschlag zu Beratungsangebot für queere Geflüchtete

Beschluss:

Der Beirat Neustadt bewilligt aus seinen Globalmitteln als Initiativantrag einen Betrag in Höhe von 150,00 € für Materialkosten am Rosenbeet. (11 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Beschluss:

Der Beirat Neustadt bewilligt aus seinem Stadtteilbudget Verkehr für die Anbringung eines Piktogramms „Tempo-30-Zone“ auf der Werderhöhe an der Einfahrt vom Niedersachsendamm aus so-

wie eines Piktogramms „Achtung spielende Kinder“ kurz vor dem Kreuzungsbereich zur Hubertushöhe Mittel in Höhe von 200 € und bittet das Amt für Straßen und Verkehr um entsprechende Auftragserteilung. (11 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Beschluss:

Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport dazu auf, finanzielle und planerische Sicherheit zu gewährleisten für Angebote, die sich speziell an queere Geflüchtete, Migrant:innen und BIPOC richten.

Im Besonderen muss der durch das Rat & Tat-Zentrum organisierten Beratungsstelle für Empowerment für queere Personen mit Migrations- und Fluchthintergrund eine unbefristete finanzielle Absicherung geschaffen werden. Zudem fordert der Beirat Neustadt die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport langfristig auf, hierüber hinausgehende Vergabemöglichkeiten von Geldern, Stellen und Räumen zu prüfen, um weitere Einrichtungen und Projekte speziell für queere Geflüchtete, Migrant:innen und BIPOC zu schaffen. In diesem Zuge würde es der Beirat begrüßen, wenn die Neustadt als Standort berücksichtigt wird.

Der Beirat Neustadt hebt die bundesweite Vorreiterrolle der Beratungsstelle für queere Personen mit Migrations- und Fluchthintergrund hervor. Er warnt vor dem Verlust des bundesweit einzigartigen Angebots, der aufgebauten Strukturen, Netzwerke und Kenntnisse.

Konkret fordert der Beirat Neustadt die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, den Senator für Finanzen und die Bremische Bürgerschaft als Haushaltsgesetzgeber auf im neuen Doppelhaushalt 2022/2023 die Mittel zur Finanzierung einer Vollzeitstelle für die Beratung queerer Personen mit Migrations- und Fluchthintergrund einzustellen. Diese Forderung gilt auch für die folgenden Doppelhaushalte. (11 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Begründung:

Die rot-rot-grüne Regierung hat eine Stärkung der Beratung für queere Geflüchtete und Migrant:innen in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen. Um diesem Versprechen gerecht zu werden, ist es unbedingt notwendig, die wenigen bestehenden Stellen aufrecht zu erhalten. Speziell ist es vonnöten, dass die Vollzeitstelle für Beratung und Empowerment für queere Personen mit Migrations- und Fluchthintergrund, die über das Rat & Tat Zentrum angeboten wird, langfristig finanziell abzusichern. Bisher hat das Zentrum hierfür keine Zusicherung der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport erhalten.

Die Stelle umfasst ein breites Angebot für queere Menschen ohne "weißen Background"; diese Personengruppe erfährt im Alltag mehrfache Diskriminierung und findet hier einen Anlaufpunkt für Gesprächsbedarfe, Vernetzung und Unterstützung verschiedenster Art.

An die Stelle angegliedert ist auch die Gruppe Queeraspora. Das Angebot ist nicht nur bremen- sondern auch bundesweit einzigartig und hierfür auch bekannt. Es kommt somit Menschen aus allen Stadtteilen zugute. Der Bedarf hierfür ist hoch; auch in der aktuellen Pandemiezeit werden bis zu 150 Personen unterstützt. Hieraus lässt sich einerseits ableiten, dass perspektivisch weitere Angebote für diese Personengruppe geschaffen werden müssen.

Die Betreiber:innen dieses Angebots werden bundesweit angefragt, das Beratungsprojekt vorzustellen. Hier hat Bremen durch die unermüdliche Arbeit des Rat & Tat Zentrums für queeres Leben eine bundeweite Vorreiterrolle. Ein Verlust dieses Angebots wäre für die betroffenen Personen und die Stadt Bremen eine Katastrophe.

TOP 8. Genehmigung des Protokolls vom 18.03.2021 (Nr. 24/19-23)

Beschluss: Der vorliegende Protokollentwurf wird genehmigt. (13 Ja-Stimmen, eine Enthaltung)

TOP 9. Verschiedenes: ./.

Ingo Mose
Beiratssprecher

Annemarie Czichon
Sitzungsleitung

Mathias Reimann
Protokollführung